

Ressort: Finanzen

Linke wollen mehr Geld für Wohnungsbau

Berlin, 01.03.2016, 16:45 Uhr

GDN - Die Linken haben mehr Geld für sozialen Wohnungsbau gefordert. Wie aus der Antwort des Bundesbauministeriums auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion hervorgeht, wurden 2014 insgesamt 12.517 neue Wohneinheiten gebaut, berichtet das "Redaktionsnetzwerk Deutschland".

Das seien zwar gut 2.600 mehr als im Vorjahr, der Zuwachs sei jedoch "weit davon entfernt, den vorprogrammierten Verlust von Sozialwohnungen auszugleichen", sagte Linken-Vizefraktionschefin Caren Lay. Lay schätzt den Bedarf pro Jahr auf mindestens 200.000 Wohnungen. Jährlich gingen bis zu 100.000 Sozialwohnungen verloren, weil die Preis- und Belegungsbindung nach 15 Jahren auslaufe. Etwa 100.000 Wohnungen jährlich würden aufgrund des Flüchtlingszustroms benötigt. Die Linken-Politikerin forderte Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) auf, den sozialen Wohnungsbau wieder zur Chefsache zu machen. "Sonst wird der Neustart nicht gelingen." Lay warf Hendricks vor, die Angelegenheit lediglich in Sonntagsreden zu behandeln. Die Oppositionspolitikerin sprach von einer "Farce" und einer "eklatanten Vernachlässigung". Als Reaktion auf die niedrigen Zahlen hatte Hendricks erst vor wenigen Monaten die Bundeszuschüsse für die Länder auf jährlich mehr als eine Milliarde Euro aufgestockt. Laut Ministerium sollen die Mittel ausreichen, um rund 60.000 Wohnungen pro Jahr zu bauen. Ein Ministeriumssprecher erklärte, Hendricks strebe ab 2017 eine weitere Erhöhung der Mittel um 1,3 Milliarden Euro an, um eine bedarfsgerechte Förderung zu erreichen: eine Milliarde als Bauförderung sowie zusätzlich 300 Millionen Euro für das Städtebauprogramm "Soziale Stadt". Das Geld soll direkt an die Länder fließen. Nach Angaben des Ministeriums gaben Bund und Länder zusammen 2014 insgesamt nur 460 Millionen Euro für den Bau neuer Sozialwohnungen aus - "zu wenig", wie das Ministerium einräumt. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland und Sachsen entstanden überhaupt keine neuen Wohneinheiten. Die meisten wurden in Nordrhein-Westfalen (4.125), Hamburg (2.340), Bayern (1.583), Schleswig-Holstein (1.078) sowie Berlin (1.000) gebaut. Bremen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen schöpften die Bundesmittel nur teilweise aus, das Saarland überhaupt nicht.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-68768/linke-wollen-mehr-geld-fuer-wohnungsbau.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619